



Senat will Vorschläge der Scholz-Kommission umsetzen

Zur Haushaltsentlastung und Modernisierung der Berliner Verwaltung wollen der Innensenator, Dr. Eckart Werthebach und der Finanzsenator, Peter Kurth, Vorschläge der Scholz-Kommission umsetzen. Dazu haben beide Senatoren Schlussfolgerungen aus dem Zwischenbericht der Expertenkommission Staatsaufgabenkritik beschlossen. Die vor einem Jahr eingesetzte Kommission unter Leitung von Prof. Rupert Scholz (CDU) hat den Auftrag, Vorschläge für strukturelle Veränderungen der Berliner Verwaltung zu entwickeln. Sie soll insbesondere prüfen, welche Aufgaben weiter und im bisherigen Umfang vom Staat wahrgenommen werden müssen. Auf der Grundlage des Zwischenberichts, der am 12. Dezember 2000 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat der Senat nun die Entscheidung nachhaltiger Strukturveränderung in folgenden Bereichen beschlossen:

Personalausstattung der zwölf Berliner Bezirke:

Ein Vergleich der Personalausstattung in den Bezirken zeigt, dass die Stellenzahl pro 1000 Einwohnern eine Spanne von 6,6 bis 10,6 umfasst. Dabei ist in den östlichen Bezirken eine deutlich höhere Personalausstattung als in den westlichen zu verzeichnen. Um dieses Einsparpotential zu realisieren und eine gerechtere Verteilung zwischen den Bezirken zu erreichen, will die Innenverwaltung ein Zumessungsmodell für die Personalausstattung vorlegen, dem Einwohnerzahlen und soziale Strukturdaten wie die Zahl der Sozialhilfeempfänger zu Grunde gelegt werden.

Zusammenarbeit mit Brandenburg:

Neben der Ausbildung für den gehobenen Justizdienst, der bereits jetzt gemeinsam mit Brandenburg durchgeführt wird, soll künftig auch die **theoretische Ausbildung für den Steuerverwaltungsdienst** sowie die Ausbildung für die Laufbahnen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes gemeinsam erfolgen.

Die Landwirtschaftsverwaltung Berlins soll aufgrund ihres verhältnismäßig geringen Umfangs mit der Brandenburgs zusammengelegt werden.

Dezentralisierung von Fortbildungsmitteln:

Die Veranstaltungen der Fortbildungseinrichtungen des Landes sollen künftig von den Dienststellen bezahlt werden. Da-

für werden die Fortbildungsmittel nicht mehr der Einrichtung, sondern der Dienststelle zugewiesen.

Facility Management:

Die Expertenkommission hat Vorschläge für ein effizienteres Facility Management gemacht. Dadurch sollen der Leerstand von Gebäuden vermieden und die Kosten der Unterhaltung gesenkt werden. Die Finanzverwaltung ist bereits seit Oktober damit befasst, ein Konzept für das Land Berlin zu entwickeln und soll dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2001 einen Bericht vorlegen.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| Vorschläge der Scholz-Kommission | 21 |
| DBB-Beschäftigtenvertreter-Konferenz | 22 |
| Datenschutzgesetz wird an EU-Recht angepasst | 24 |
| Vorsteher Weniger verabschiedet sich | 25 |
| Rundschreiben über Telearbeit | 26 |
| ELSTER vorübergehend eingestellt | 27 |
| Brother LH 1250: Einigungsstelle hat entschieden | 28 |
| Laserdrucker: Mundschutz und Handschuhe | 28 |

DBB - Beamtenbund und Tarifunion - Berlin: Beschäftigtenvertreter-Konferenz 14. März 2001 im Forum Hotel Berlin

Am 14. März 2001 führte der DBB - Beamtenbund und Tarifunion-Berlin - unter Leitung des DBB-Vorsitzenden Joachim Jetschmann eine Konferenz der Beschäftigtenvertretungen bei der Bundesverwaltung in Berlin, der Berliner Landesverwaltung und dem privatisierten öffentlichen Sektor durch. Unter den anwesenden Personalräten, Betriebsräten, Frauenvertreterinnen, Schwerbehindertenvertretern und Jugend- und Auszubildendenvertretern waren zahlreiche DSTG-Mandatsträger aus der Berliner Finanzverwaltung.

Die DBB-Beschäftigtenvertreter-Konferenz im Forum-Hotel Berlin am Alexanderplatz war der ideale Tagungsort, um gemeinsam mit den Beschäftigtenvertretern aus den Berliner Bundesbehörden tarifrechtlich und besoldungsrelevante Themen sowie personalvertretungsrechtliche Problematiken anzusprechen und zu erörtern. Vorlagen für die Diskussion gaben dazu u. a. der stellv. DBB-Bundsvorsitzende, Heinz Ossenkamp, der Bundesvorsitzende des VBOB im DBB, Rainer Schwierchzinski, Dr. Wilhelm Ilberts (Projektgruppe Mitbestimmung des DBB, Bonn) und aus dem Bundesinnenministerium, Dr. Boys. In einer Diskussionsrunde mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin waren die Themen Fachhochschule, Verwaltungsreform und die künftige Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg Schwerpunkte. Der DBB-Landesvorsitzende Joachim Jetschmann moderierte die eintägige DBB-Beschäftigten-Konferenz und sprach zu aktuellen gewerkschaftlichen Berliner Themen.



Funktions- und Mandatsträger des DEUTSCHEN BEAMTENBUNDES und der Fachgewerkschaften im DBB
im Sitzungssaal des Forum Hotel Berlin

DSTG - die Fachgewerkschaft der Steuerverwaltung

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im Deutschen Beamtenbund (DBB)

Herausgeber Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: (030) 21 47 30 40 Telefax: (030) 21 47 30 41 e-mail: info@dstg-berlin.de

Internet www.dstg-berlin.de

Schriftleitung Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

Redaktion Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Rita Rohde, Christa Röglin, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Gestaltung/Layout Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

Druck DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau
Telefon: (030) 3 75 20 30 Telefax: (030) 3 75 52 26 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout Karsten Köchlin

Auflage 8.500 Exemplare - Verteilung an alle Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

2. April 2001



Aus den Finanzämtern für Körperschaften waren viele engagierte DSTG-Mandatsträger anwesend:

Karin Österreich
Jean Wandkowski

Wolfgang Kostoy
Sonja Peters
Petra Liewicki
Bärbel Sachau

Kerstin Fuchs
Andreas Friedrich
Lutz Woltersdorf

Mitglied des örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften I - Gruppe der Angestellten
Mitglied des örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften I - Gruppe der Beamten - und
Mitglied im Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin - Gruppe der Beamten
Mitglied des örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften I - Gruppe der Beamten
Ersatzmitglied im örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften I - Gruppe der Angestellten
Ersatzmitglied des örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften I - Gruppe der Beamten
Mitglied des örtlichen Personalrates beim FA Körperschaften II - Gruppe der Beamten
Mitglied im Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin - Gruppe der Beamten
Ersatzmitglied im örtlichen Personalrat beim FA Körperschaften I - Gruppe der Beamten
Ersatzmitglied im örtlichen Personalrat beim FA Körperschaften I - Gruppe der Angestellten
Ersatzmitglied im örtlichen Personalrat beim FA Körperschaften I - Gruppe der Beamte

DSTG - es gibt keine Alternative

Ein Beweis, dass auch Mandatsträgern in der Gewerkschaft- und Personalratsausübung das Lachen nicht vergehen muss:

Rita Rohde

Erika Ehrhardt

Mario Moeller

stv. Vorsitzende des örtlichen Personalrates beim FA Neukölln-Süd - Gruppe der Angestellten - und
Mitglied im Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin - Gruppe der Angestellten
Vorsitzende des örtlichen Personalrates beim FA Neukölln-Süd - Gruppe der Beamten - und
Mitglied im Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin - Gruppe der Beamten
Mitglied des örtlichen Personalrates beim FA Neukölln-Süd - Gruppe der Beamten



Anhörung der Hauptfürsorgestelle und Schwerbehindertenvertretung bei Zurruesetzung

Vor der Entscheidung über die Zurruesetzung eines schwerbehinderten Beamten wegen Dienstunfähigkeit sind die Hauptfürsorgestelle und die örtliche Schwerbehindertenvertretung bei der Beschäftigungsdienststelle zu beteiligen. Die Beteiligung kann nicht nachgeholt werden (Hess. VGH, Beschluss vom 17. August 1999 – 1 UE 4164/98 -).

Berliner Datenschutzgesetz wird an europarechtliche Vorgaben angepasst

Der Bund und die Länder haben ihre Datenschutzgesetze an europarechtliche Vorgaben anzupassen. Das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene wird demnächst abgeschlossen. Der Berliner Gesetzesentwurf zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes (BlnDSG) und anderer datenschutzrechtlicher Regelungen vom Senator für Inneres, Dr. Eckart Werthebach, wird deshalb bereits die Änderungen des Bundesrechts weitgehend berücksichtigen.

Anlass für die Novellierung des Berliner Datenschutzgesetzes (BlnDSG) ist die Anpassung an die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum frei-

en Datenverkehr. Durch die Richtlinie wird ein einheitliches Datenschutzniveau für die Ausführung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedsstaaten der EU geschaffen. Sie betrifft gleichermaßen den im Bundesdatenschutzgesetz geregelten nichtöffentlichen

Bereich (Privatwirtschaft) als auch den öffentlichen Bereich (öffentliche Verwaltung).

Der Berliner Senat hat den vorgelegten Gesetzesentwurf zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

DIE BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Günstige Kredite

- ▶ Geringe monatliche Raten
- ▶ Bis zum 20fachen Familieneinkommen
- ▶ Individuelle Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ▶ Flexible Rückzahlung durch FlexoPlus-System
- ▶ Ablösung bestehender Kredite
- ▶ Langfristige Immobiliendarlehen

Kredit-Hotline: 285 35 200

Kredit online: www.abkbank.de

ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG – FREITAG 9 – 18 UHR · RANKESTR. 34 BIS 19 UHR

Allgemeine Beamten Kasse

INVALIDENSTRASSE 28 AM NORDBAHNHOF 10115 BERLIN TELEFON 285 350

RANKESTRASSE 34 AN DER GEDÄCHTNISKIRCHE 10789 BERLIN TELEFON 210 95 95

HEGELALLEE 14 AM JÄGERTOR 14467 POTSDAM TELEFON 0331-298 670

Oder schicken Sie den Coupon ausgefüllt an:
Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank GmbH
 Invalidenstraße 28
 10115 Berlin

Ich bin interessiert an einem Kredit. Gewünschte Kreditsumme in DM

Name

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

Nach Aufbau und Amtseinheit: Vorsteher verabschiedet sich von den Kollegen

Am 28. März 2001 verabschiedete sich der Vorsteher des Finanzamts Friedrichshain/ Prenzlauer Berg, Herr LRD Burkhard Weniger, von seinen Kolleginnen und Kollegen. Herr Weniger hat es geschafft. Die Phase des Aufbaues des FA Friedrichshain/Prenzlauer Berg unter seiner Leitung ist nach 10 Jahren als abgeschlossen anzusehen. Die Beschäftigten haben sich bei Herrn Weniger für seinen menschlichen Führungsstil persönlich bedankt!



Hans-Jürgen Kreibisch (Leiter der Geschäftsstelle) und Vorsteher Burkhard Weniger

Im Alter von 63 Jahren ist Herr Weniger zum 31. März 2001 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Herr Burkhard Weniger wurde am 23. September 1937 geboren, er ist verheiratet, hat zwei Kinder und ein Enkelkind, das er regelmäßig trotz seines Engagements im Finanzamt als Opa betreute.

In den vielen Jahren seines beruflichen Werdeganges beschäftigte sich Herr Weniger immer intensiv mit Zahlen und Statistiken. Eine Rechenmaschine war für ihn ein nötiges aber nicht notwendiges Kontrollinstrument. Sein Erinnerungsvermögen auf den Punkt genau erstaunte viele Kolleginnen und Kollegen und half bei der Rekapitulation einzelner Vorgänge. Darüber hinaus verstärkte sich zumindest in den letzten 15 Jahren sein Interesse am persönlichen Wohlergehen der Bediensteten. Mit diesem menschlichen, sozialen Engagement verhalf Herr Weniger einer großen Anzahl von Kolleginnen und Kollegen, sich von dem Statistikdruck nicht unterkriegen zu lassen. Insoweit hatte der „Vereinigungsfan“ (Originalton: Burkhard Weniger) mit dem Aufbau des Finanzamts Friedrichshain/Prenzlauer Berg seinen beruflichen Höhepunkt erleben können. Diese Phase seit Ende 1990 war eigentlich der „große Wurf“.

Im Finanzamt Friedrichshain/Prenzlauer Berg wurde unter seiner Regie mit seinen menschlichen und sozialen Grundwerten ein Aufbaukonzept umgesetzt, das die Menschen aus „Ost“ und „West“ in allen Amtsebenen zusammenfügte bis hin in die Leitungsfunktionen.

Die Beschäftigten des FA - diejenigen von Anbeginn und die Hinzugekommenen -

unabhängig ob aus „Ost“ oder „West“ verschmolzen zu einer Amtseinheit. Herrn Weniger Verdienst ist es, dass jedem Beschäftigten zugetraut wurde, in der schwierigen Zeit der langen Aufbauphase des Finanzamtes, die neue Aufgabe zu bewältigen. Und es gelang – auch zum Wohle der Beschäftigten. Mit seiner Hingebung, das Beste für jeden einzelnen der rund 350 Bediensteten zu ermöglichen, entwickelte er sich zum zähen Verhandlungspartner mit der OFD Berlin und ermöglichte ungeahnte Auslegungen von Verwaltungsanweisungen. Die Phase des Aufbaus des FA unter seiner Leitung ist nach 10 Jahren als abgeschlossen anzusehen.

Deshalb und wegen seines weiteren Wissensdurstes auf andere nichtsteuerliche Dinge entschloss sich Herr Weniger, jetzt aus dem aktiven Dienst auszuschcheiden. Nun nutzt er die Zeit für seine privaten Highlights. Natürlich wird sich er jetzt verstärkt um seine Familie und insbesondere sein Enkelkind kümmern, aber er hat auch vor, etwas für den Geist tun. Die Humboldt Universität wird wohl ein weiteres Domizil für ihn werden, da er Vorlesungen für Geschichte, Neugriechisch und (Auffrischung für) Altgriechisch besuchen will.

DSTG-Bezirksgruppe und DSTG-Landesverband

Beruflicher Werdegang :

| | |
|-------------|--|
| 1961/1962 | Referendar FA Charlottenburg-Ost und FA EuV, anschl. bei der Steuerkammer des Verwaltungsgerichts; |
| 1964/1966 | Tätigkeit am Amts-/ Landgericht Berlin; |
| 12/1966 | Regierungsassessor im FA Steglitz und FA Kreuzberg; |
| 1968 | Beamter auf Lebenszeit; |
| 1972 | Oberregierungsrat im FA EuV; |
| 1973/1977 | HSI BP im FA Wedding; |
| 1977/1983 | HSI BP im FA Wilmersdorf und Beförderung zum Regierungsdirektor; |
| 1983/1999 | Ständ.Vertreter des Vorstehers im FA Wedding; |
| 14.12.1990 | Vorsteher des FA Friedrichshain/Prenzl.Berg und |
| Januar 1993 | Beförderung zum Leitenden Regierungsdirektor. |

Senat plant Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Gebührenabschlages im Ostteil Berlins

Der Senat von Berlin hat auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der für die Kostengesetze nach dem Einigungsvertrag geltenden Ermäßigungssätze für den Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz vor dem 3. Oktober 1990 nicht galt, beim Bundesrat einzubringen.

Mit dieser Bundesratsinitiative soll der sogenannte Gebührenabschlag im Beitrittsgebiet Berlins abgeschafft werden. Dieser mit dem Einigungsvertrag 1990 in Höhe von 20 % eingeführte Abschlag verbilligt seit 1996 noch um 10 % unter anderen Gerichts-, Rechtsanwalts-, Notar- und Arztgebühren.

Das ursprüngliche Anliegen, die wirtschaftlich schlechter gestellte Bevölkerung im Beitrittsgebiet zu schützen, ist inzwischen in Berlin von der Lebenswirklichkeit überholt worden, so der Senat in seiner Begründung. Innerhalb des Stadtgebietes findet eine zunehmende Vermischung der Bevölkerung statt und

auch beim Zuzug von Neubürgerinnen und Neubürgern Ost und West immer weniger eine Rolle.

Auch sollen, laut Senat, die mittleren monatlichen Nettoeinkommen je Einwohner inzwischen in beiden Teilen der Stadt gleich hoch sein und die Lebensverhältnisse sich insgesamt angeglichen haben.

Kündigung wegen Überspielens von Daten

Kopiert ein Arbeitnehmer betriebliche Daten auf einen privaten Datenträger, benötigt er hierzu die Erlaubnis seines Arbeitgebers. Fehlt diese Erlaubnis, kann das Überspielen der Daten eine außerordentliche Kündigung von Seiten des Arbeitgebers auslösen (Sächs. LAG, Urteil vom 14.7.1999 – Aktenzeichen 2 Sa 34/99 - rechtskräftig).

Rundschreiben der Senatsverwaltung für Inneres über Telearbeit mit Arbeitnehmern des Landes Berlin

Die Senatsverwaltung für Inneres verteilt seit Ende März 2001 das Rundschreiben I Nr. 20/2001 über „Vereinbarungen mit Arbeitnehmern des Landes Berlin“ vom 9. Februar 2001 zur Telearbeit.

Die HPR-Mitglieder Dames und Raue teilten mit, dass der Hauptpersonalrat dieses Rundschreiben im Rahmen der Mitwirkung mit einer umfassenden Begründung abgelehnt hat.

setzte die Innenverwaltung dieses Rundschreiben jetzt in Kraft und begann mit der Verteilung an die nachgeordneten Dienstbehörden und Dienststellen.

gen der Gewerkschaften einen Initiativantrag über eine Rahmendienstvereinbarung zur Telearbeit beschließen.

Nach dem Bescheid gemäß § 84 Absatz 3 PersVG Berlin an den Hauptpersonalrat

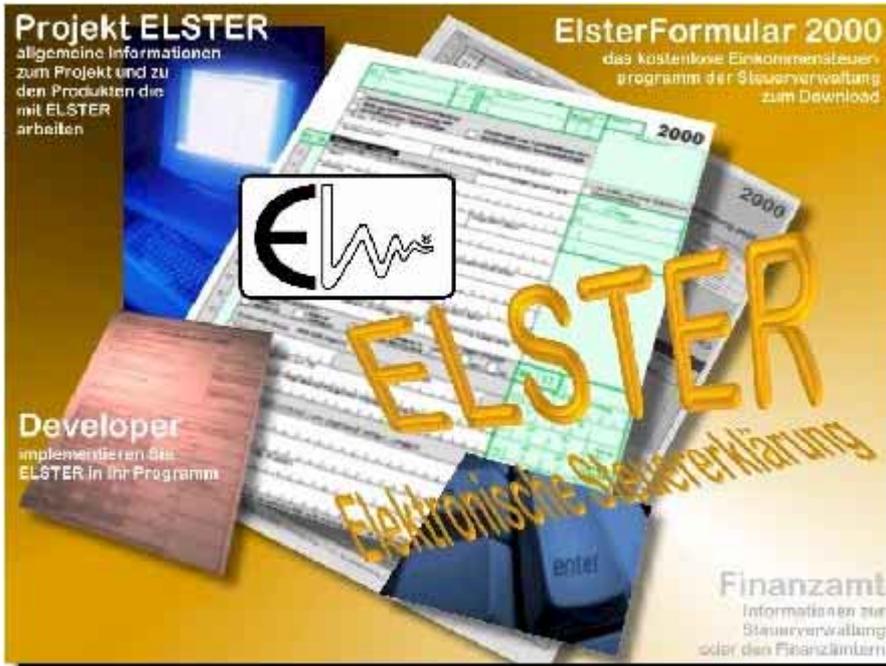
Der Hauptpersonalrat wird nach Rücksprache mit den im HPR vertretenen Gewerkschaften parallel zu den Bemühun-

Interessierte Kolleginnen und Kollegen, die näheres zur Telearbeit erfahren möchten, erhalten nähere Informationen bei den örtlichen Personalvertretern.

Erkrankungen der Bewegungsorgane sind am häufigsten

Der Anteil der Leistungen wegen Krankheiten des Skelettes, der Muskeln und des Bindegewebes ist sowohl bei den Männern (39,5 %) als auch bei den Frauen (38,9 %) mit Abstand am höchsten. An zweiter Stelle liegen bei den Männern die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 15,8 % und dritter Stelle mit 14,4 % die psychischen Krankheiten, zu denen auch die Abhängigkeits-Erkrankungen zählen. Bei den Frauen hingegen waren Neubildungen (Krebs) mit 20,5 % die zweithäufigste Ursache für eine Leistung der medizinischen Rehabilitation, gefolgt von psychischen Erkrankungen mit 16,7 % und den Krankheiten des Kreislaufsystems mit 6,1 %.

Elektronisches Steuererklärungsprogramm (ELSTER) vorübergehend eingestellt



Das staatlich empfohlene Programm für die Elektronische Steuererklärung „ELSTER“, das unter www.elster-formular.de im Internet abrufbar ist, hat nach Erkenntnissen der Stiftung Warentest „erhebliche Sicherheitsmängel“.

Am 19. März 2001 schaltete daraufhin das Bundesfinanzministerium die Server in München und Düsseldorf, auf denen das Programm aufrufbar war, ab. Der CSU-Finanzminister Kurt Falthauer erklärte, dass das Programm bundesweit wegen „eklatanter Sicherheitsmängel“ vom Netz genommen würde.

Die bisher eingegangenen ELSTER-Erklärungen in der Berliner Steuerverwaltung lassen sich aber weiterhin im Verfahren bearbeiten.

Die „Elektronische Steuererklärung“ ließ sich ursprünglich über das Internet auf den privaten Personalcomputern herunterladen. Bisher waren bundesweit über 250.000 ESt-Erklärungen und 1.000.000 Steueranmeldungen eingegangen.

Die Presse veröffentlichte am 19. März 2001: „Hacker könnten sich einschleichen und über die Daten der Steuerbürger verfügen“. In neuesten Heft „Finanztest“ äußerten sich die Redakteure „Datendiebe können den Server der Finanzverwaltung überlisten, unbemerkt die Steuererklärung abfangen und persönliche Daten der Steuerzahler missbrauchen“.

Zu den durch die Medien veröffentlichten Sicherheitsrisiken nimmt die OFD

München – IT-Bereich - auf der Internetseite www.elsterformular.de Stellung:

- Die Vorwürfe gegen das amtliche Produkt „ElsterFormular 2000“ haben nichts mit dem Datenübermittlungsverfahren ELSTER zu tun, wie es in kommerziellen Programmen eingesetzt ist. Die sichere Datenübertragung mit dem ELSTER-Verfahren ist unbestritten und wird weiterhin angeboten! Die Sicherheit wird ausdrücklich in der Zeitschrift Finanztest der Stiftung Warentest bestätigt. Es haben bisher keine Hackereinbrüche oder gar ein Datenklau stattgefunden
- Da für die Steuerverwaltung die Sicherheit oberste Priorität hat, werden die Vertriebswege von ElsterFormular 2000

auf eine Erhöhung der Sicherheit derzeit überprüft und optimiert. Denn der Vorwurf zur Sicherheit besteht letztlich darin, dass ein Bürger nichtamtliche Programme benutzt und ihm die Amtlichkeit vorgespiegelt wird.

- Für alle, die schon Ihre Steuererklärung mit ElsterFormular 2000 abgegeben haben, besteht kein Anlass zur Besorgnis. Noch nicht abgegebene komprimierte Steuererklärungen nehmen die Finanzämter natürlich weiterhin an.
- Wir hoffen auf Ihr Verständnis, dass wir bis zum Abschluss der Prüfung der erhobenen Sicherheitsvorwürfe ElsterFormular 2000 vorläufig nicht anbieten. Denn Sicherheit ist und bleibt oberstes Gebot der Steuerverwaltung.

DSTG kämpft für Erhalt der Fachhochschule und Finanzschule in Berlin

Nach Einwendungen und Forderungen des DEUTSCHEN BEAMTENBUNDES und seiner Fachgewerkschaften ist jetzt aus den zuständigen Senatsverwaltungen zu erfahren, dass die Fachhochschule im Land Berlin nicht aufgelöst wird. Die Fachhochschule Berlin bleibt – wenn auch in den Bereichen verkleinert – im Berlin erhalten.

So soll die Fachhochschule Berlin auch weiterhin für die Ausbildung der Berliner Innenverwaltung zuständig sein. Andere Bereiche sollen aber aus Kosten-

gründen mit Brandenburg zusammengelegt werden (siehe Seite 21). So ist geplant, dass künftig die Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes der

Berliner Steuerverwaltung in KönigsWusterhausen ausgebildet werden. Hingegen wird die Finanzschule künftig auch für Brandenburg zuständig sein!

Beschluss der Einigungsstelle vom 12. März 2001 zum Toner des Brother-Druckers HL 1250

Die beiden ständigen DSTG-Mitglieder im Hauptpersonalrat (HPR) für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin, Detlef Dames – Gruppe der Beamten (Liste 2 DBB/DSTG) und Bernd Raue – Gruppe der Angestellten (Liste 2 – DBB/DSTG) teilten mit, dass am 12. März 2001 der Hauptpersonalrat (HPR) in der Einigungsstelle den weiteren Einsatz des gesundheitsbelastenden Toner Brother TN 6300 alter Zusammensetzung in Verbindung mit dem Laser-Drucker Brother LH 1250 mit Erfolg verhindert hat. Das Land Berlin willigte ein, ab sofort nur noch den neuen Toner zu verwenden. Angefangene Toner-Kartuschen sind ebenfalls auszutauschen.

Nach Aussage der HPR-Mitglieder Dames und Raue ist künftig auf dem „Laser-Drucker Brother LH 1250“ gut sichtbar ein **roter Punkt** als Aufkleber anzubringen, um so den PC-Nutzerinnen und -Nutzern zu signalisieren, dass der neue Toner (TN 6300) in dem Brother-Drucker LH 1250 auch tatsächlich eingesetzt wurde. Damit ist ein langer Streit zu Gunsten der Beschäftigten der Berliner Verwaltung entschieden worden.

Um künftige Ausschreibungen auf dem neuesten Qualitätsstandard zu bringen, hat der Hauptpersonalrat (HPR) gegenüber dem Landesbetrieb für Informationstechnik (LIT) die Bereitschaft erklärt, gemeinsam ein Beteiligungsverfahren zu entwickeln, damit die Schutzrechte der Beschäftigten optimal berücksichtigt werden.



Laser-Drucker Brother HL 1250
mit der umstrittenen Standard-Tonerkassette TN 6300

Laserdrucker und Laserkopierer: beim Tonerwechsel stets Mundschutz und Handschuhe benutzen

Die Interessengemeinschaft Tonergeschädigter (IGT) in Hamburg sammelt Beweise für den Verdacht, dass die 16 Millionen Nutzer von Computertechnik einem unsichtbaren Risiko ausgesetzt sind: im Tonergemisch lassen sich auch – anders als behauptet – gesundheitsschädliche Schwermetalle wie Cobalt, Quecksilber sowie Nickel nachweisen, von denen schwerwiegende toxische Wirkungen ausgehen können.

Doch nicht nur die unmittelbare Gefährdung durch giftige Schwermetalle bereiten den Fachleuten Sorgen. Anfällige Menschen reagieren auf die Schadstoffe im Toner. Wie der Spiegel (10/2001, Seite 56) veröffentlichte, entschloss sich ein Mitarbeiter der Telekom bei einem Hamburger Facharzt für Lungen- und Bronchialheilkunde zu einem Selbstversuch. Nach der „nasalen Provokation“ mit den beiden Tonerarten „TBS“ und „Tally“ lautete die Diagnose: „Verdacht auf Atemwegserkrankungen durch Tonerstäube am Arbeitsplatz“.

Inzwischen haben auch die Berufsgenossenschaften schon Fälle von Toner-

erkrankungen offiziell anerkannt. Ein Zehntel der bundesweit 60 Verdachtsfälle der IGT sind medizinisch bewiesen. Schon länger bekannt ist das sogenannte



„Sick Building Syndrom“. Fast jeder Zehnte klagt über Augenreizungen, Hals- und Nasenentzündungen, Kopfschmerzen oder allergische Reaktionen der Haut am Arbeitsplatz.

Mit der Nase leicht auszumachen ist dabei das stechend riechende Ozon, das Kopierer und ältere Laserdrucker vor allem im Dauerbetrieb freisetzen. Inzwischen gibt „Hewlett-Packard“ zu, dass der Toner aus den Laser-Jet-Druckern bei Personen mit „extrem sensibler Haut und Schleimhäuten“ zu „allergischen Reaktionen“ führen könne.

Daher die Empfehlung:

„Beim Tonerwechsel stets Mundschutz und Handschuhe benutzen und nach dem Kartuschentausch immer die Hände mit Wasser und viel Seife gründlich reinigen!“